

Stettiner Zeitung



105. Jahrgang der „Privilegierten Stettiner Zeitung.“

No. 152. Abend-

Donnerstag den 29. März.

Zeitung

1860.

Bei dem nahen Ablaufe des Quartals ersuchen wir unsere geehrten Leser ihr Abonnement auf die „Stettiner Zeitung“ rechtzeitig bei den Postanstalten, in Stettin bei den Expeditionen erneuern zu wollen.

Rossmarkt Nr. 8 bei Eiser, Rossmarkt und Louisenstrasse-Ecke bei C. A. Schneider, Kohlmarkt 10 bei Schmidt u. Schneider, Kleine Domstraße 24 bei L. Pasekow, Pelzerstraße 10 bei C. L. Leistikow, 24 bei C. Schack, Gr. Wollweberstraße 51 bei Ortmeyer, 13 bei G. H. Ortmeyer, 44 bei G. A. Engel, Neustadt Lindenstraße 7 bei Bökel, Rosengarten u. Papenstr.-Ecke 11 bei Lauersdorff, Breitestraße 71 bei G. Seefeldt, 59 bei J. Blumner, 18 bei F. W. Krasz, Schulzenstraße 30 bei D. F. Poppe, 17 bei R. Graßmann, Große Oderstraße 29 bei Glanz, Krautmarkt 11 bei Lebrenz, 4 bei Effenhart, Große Lastadie 53 bei Stocken, Grabow Schulstraße 90 bei Korth.

Die Redaktion.

Amtliche Nachrichten.

Die Berg-Referendarien Ernst Otto Moritz von Nohr zu Dortmund, Theodor Melchior Wagner zu Eisleben und Richard Blume zu Bonn sind zu Berg-Assessoren ernannt worden.

Landtag.

Die Denkschrift, über die Ausführung des Gesetzes vom 21. Mai 1859 betreffend den außerordentlichen Geldbedarf der Militair- und der Marine-Verwaltung, so wie der Beschaffung der zur Deckung derselben erforderlichen Geldmittel, welche der Finanz-Minister dem Hause der Abgeordneten überreicht hat, giebt zuerst eine Uebersicht der politischen Lage vom 20. April v. J. und führt die militairischen Maßregeln auf, welche der sich entwickelnde Krieg nothwendig machte, so wie auch diejenigen, welche nach dem Friedensschluß ergriffen worden sind, um die Armee wieder auf den Friedensstand zurückzuführen. — Die gleich wohl veränderte Formation der Armee, welche theilweise noch in der Durchführung begriffen ist, wird voraussichtlich für die nächste Zeit dauernd beibehalten werden müssen und im Jahre 1860 bis dahin, daß die neue Armee-Organisation ins Leben tritt, einen Kosten-Aufwand von 473,819 Thlr. 7 Sgr. 6 Pf. monatlich veranlassen, da einer weiteren Rücksicht auf den früheren Friedens-Normal-Etat gewichtige Bedenken politischer und militairischer Natur entgegenstehen. Die Mehrosten der erwähnten Maßregeln für das Jahr 1859 sind auf Grund des Jahres-Abschlusses festgestellt worden und betragen demnach 1. für die Militair-Verwaltung laufende Ausgaben 13,619,206 Thlr. 24 Sgr. 4 Pf., einmalige Ausgaben 15,444,362 Thlr. 5 Sgr. 4 Pf. hierunter persönliche Mobilmachungs-, Equipirungs- u. Pferdeausstattungsgelder 321,659 Thlr. zur Beschaffung der vom Lande zu liefernden Pferde 7,946,553 Thlr. 15 Sgr. 4 Pf. Bewußt der Feldequipage 180,437 Thlr. 3 Sgr. Zu Munitions-Materialien für Geschütze und Zündnadel-Gewehre und zur Auffertigung von Munition 1,144,000 Thlr. zur Beschaffung gezogener Feldgeschütze 800,000 Thlr., zur Beschaffung gezogener Kanonen und schwerer Haubitzen für den Belagerungs-Train 100,000 Thlr. zum Bau von zwei leichten Feldbrücken-Trains 22,000 Thlr., zur fortificatorischen Armierung der Festungen 600,000 Thlr. Zur Beschleunigung des Festungsbaues von Königsberg 1,000,000 Thlr., zur Beschleunigung der Festungs-Anlagen von Spandau 50,000 Thlr. An Lieferungs-Entschädigungen in Folge der vorbereitet, aber nicht zur Ausführung gekommenen Truppen Concentrationen 409,548 Thlr. Der Erlös für die wiederverkaufen Augmentations-Pferde beträgt 3,083,512 Thlr. 19 Sgr. 8 Pf. Es sind verausgabt 23,690,289 Thlr. 29 Sgr. 2 Pf. und stehen noch im Rest 2,289,766 Thlr. 10 Sgr. 10 Pf. für die Marine-Verwaltung. Einmalige Ausgaben 1,504,000 Thlr. Es ergeben sich ferner an Kosten a. für vermehrten Schiffbau 128,000 Thlr., b. für Artillerie-Material 178,000 Thlr., c. für die Bekleidung 51,000 Thlr.

II. Zur Vervollständigung und Verstärkung der Ausrüstung der Bundesfestungen an einmaligen Ausgaben 1,697,361 Thl. 15 Kr. oder in preuß. Err. 969,920 Thlr. 21 Sgr. 6 Pf. darunter: Vervollständigung der Artillerie, Ausrüstung der Bundesfestungen und zur Verstärkung dieser Ausrüstung 330,697 Thl. 35 Kr. zur Armierung von Rastatt 88,142 Thl. 6 Kr., zur Armierung von Luxemburg 72,463 Thl. 37 Kr., zur Armierung von Ulm 171,277 Thl. 37 Kr., zur Armierung von Mainz 192,357 Thl. 57 Kr. zum Zweck von Unterlunfts-Einrichtungen für die Kriegsbesatzungen sämtlicher Bundesfestungen 411,066 Thl. 18 Kr., zur Ar-

mierung von Landau 81,686 Thl. 15 Kr., zur Vervollständigung und Verstärkung der Artillerie, Ausrüstung der Bundesfestungen 178,392 Thl. 13 Kr., Kosten von Barackenbauten in den Bundesfestungen 131,752 Thl. 1 Kr.

Die Nothwendigkeit diese Verwendungen folgt aus den Beschlüssen der deutschen Bundesversammlung über die Kriegs bereitschaft des Bundesheeres und aus Einrücken der Kriegsbesatzungen in die Bundesfestungen.

Sind an laufenden Ausgaben 13,619,206 Thlr. 24 Sgr. 4 Pf., an einmaligen Ausgaben 17,918,282 Thlr. 26 Sgr. 10 Pf., zusammen 31,537,489 Thlr. 21 Sgr. 2 Pf. einschließlich 3,638,659 Thlr. 27 Sgr. 9 Pf. noch zu leistender Ausgaben und zwar für die Militärverwaltung 2,289,766 Thlr. 10 Sgr. 10 Pf., für die Marineverwaltung 93,016 Thlr. 2 Sgr. 4 Pf. und für Bundeszwecke 411,870 Thlr. 4 Sgr. 7 Pf., davon ist abzurechnen der bisherige Erlös für die wiederverkaufen Augmentations-Pferde mit 3,083,512 Thlr. 19 Sgr. 8 Pf., bleiben 25,453,977 Thlr. 1 Sgr. 6 Pf.

Zur Befriedung der vorbezeichneten Ausgaben hat die Regierung eine Anleihe von 30 Millionen aufzugeben. Aus den Beständen des Staatschafes sind der General-Staatskasse im Ganzen 8,098,959 Thlr. 25 Sgr. 4 Pf. überwiesen worden. Als verfügbare Mittel der General-Staatskasse konnte nur der Verwaltungs-Ueberschuß des Jahres 1858 im Betrage von 5,475,099 Thlr. 7 Pf. in Betracht kommen.

Die Anleihe hat in Wirklichkeit ergeben 28,415,443 Thlr. 15 Sgr. 1 Pf. 41,989,507 Thlr. 3 Sgr. 7 Pf. bilden also die Mittel, welche für die außerordentlichen Bedürfnisse der Militär- und der Marine-Verwaltung disponibel gemacht und bereit gestellt sind, wovon jetzt noch ein Betrag von 13,535,530 Thlr. 2 Sgr. 1 Pf. unverwendet geblieben ist, über deren Verwendung nächstehender Gesetzentwurf spricht.

S. 1. Der Finanzminister wird ermächtigt, dem Kriegsminister die zur Deckung der außerordentlichen Bedürfnisse der Militär-Verwaltung in der Zeit vom 1. Januar bis zum 1. Mai v. J. erforderliche Summe bis zum Betrage von 1,500,000 Thlr. zu überweisen. Der S. 3 bestimmt, daß der nicht zur Verwendung kommende Betrag mit Einschluß der noch zu erwartenden Rücknahmen an den Staatschaf abgeliefert werde.

Ueber den schon erwähnten Vorgang in der Militärkommission des Abgeordnetenhauses berichtet die „N. Pr. 3.“, daß der Präsident, Herr v. Vincke, allerdings die Sitzung vertagte, als der Kriegsminister sich weigerte, der Kommission die früheren Berichte der kommandirenden Generale über die Frage der dreijährigen Dienstzeit vorzulegen. Indessen sei dann die Sache beigelegt worden und man sei nicht auf dieselbe zurückgekommen. Uebrigens habe die Kommission noch keine wesentlichen Beschlüsse gefaßt. Dieselbe hält heute wieder eine Sitzung.

Deutschland.

(*) Berlin, 29. März. Die Verwickelung der europäischen Verhältnisse wird von Tag zu Tag spannender. Auf der einen Seite hat der Kaiser Napoleon öffentlich und bestimmt erklärt, er wolle Savoyen ungetheilt, also mit Verleihung der Ansprüche der Schweiz auf die savoyischen Nordprovinzen, Frankreich einverleiben; er ist bei diesem Vorwurf nicht stehen geblieben, sondern hat bereits mehrere Regimenter von der im Mailändischen zurückgebliebenen Armee nach Savoyen gesandt. Auf der anderen Seite besteht die Schweiz auf ihrem Rechte und schickt sich an, ihrem Proteste die militärische Besetzung der betreffenden Provinzen Savoyens folgen zu lassen. Und es fehlt ihr nicht an wichtigen Bundesgenossen. Nach den letzten Erklärungen Lord Russells im englischen Parlament ist das bisherige Freundschaftsverhältniß zwischen England und Frankreich gebrochen; man betrachtet sich in England für betrogen und weiß bereits, daß auch Preußen und selbst Österreich sich dem energischen Proteste gegen den jüngsten Handstreich der Napoleonischen Politik anschließen werden. Sprechen für die Sicherheit dieser Erwartung nicht schon hiesige Nachrichten, die Thatsache, daß die schlesische Errichtung zweier verschantzen Lager bei Koblenz und bei Wesel angeordnet worden, ist an sich schon geeignet, den Ernst der Situation zu zeigen. Leider wachsen in Deutschland in diesem gefährlichen Momente die Zerwürfnisse am Bundestage. Indessen scheint es, als habe die Frankfurter Reaktion ihren Gipelpunkt erreicht; und als ein Ereignis von hoher Bedeutung darf die Thatsache begrüßt werden, daß gestern die Frankfurter gesetzgebende Versammlung einstimmig den Beschuß gefaßt hat, an den Senat den Antrag zu richten, er wolle den Frankfurter Bundestag gesandten dahin instruieren, daß er in der Bundesversammlung den Antrag auf Errichtung einer deutschen Centralgewalt und einer deutschen Volksvertretung stelle, weil die drohende Haltung Frankreichs die Zusammenfassung der deutschen Kräfte erheische. Es steht zu hoffen, daß in andern Ständeversammlungen dieser patriotische Beschuß der Frankfurter gesetzgebenden Versammlung kräftige Unterstützung finde.

** In Bezug auf die Heeresreorganisations-Vorlagen erfährt man, daß die Neglerung, was die vermehrte Aushebung von 60,000 Mann betrifft, zu keinerlei Konzessionen sich herbeilassen will; auch die dreijährige Dienstzeit soll gelegentlich festgehalten werden, doch würde man die Beurlaubungen, so wie es irgend der Dienst gestattet, eintreten lassen, welche im Grunde genommen das Verbleiben unter den Fahnen abkürzen dürfen.

Berlin, 29. März. Se. Königliche Hoheit der Prinz-Regent haben gestern in Begleitung Sr. Hoheit des Herzogs von Coburg-Gotha und Sr. Excellenz des Herrn Feldmarschalls von Wrangel die Königliche Central-Turn-Anstalt zu besichtigen geruht. Se. Königliche Hoheit ließen sich erst durch den Unterricht-Diregenten, Hauptmann Rothstein, das Lehrerpersonal, so wie die Eleven der Armee und die Civil-Eleven vorstellen und sodann alle Arten der zum praktischen Unterricht gehörigen Übungen vorführen. Dieselben wurden auch dieses Mal wieder, wie bei Gelegenheit anderer hoher Besuche, mit welchen das Institut in letzterer Zeit beeindruckt worden war, mit großer Sicherheit und Gewandtheit ausgeführt und es geruhten Se. Königl. Hoh. sich hierüber wieder holt sehr befällig und belobigend auszusprechen.

— Se. Königliche Hoheit der Prinz-Regent nahmen gestern den Vortrag des Wirklichen Geheimen Raths Illaire entgegen, und empfingen die Meldungen des General-Majors v. Delrichs und v. Meyerink und anderer höherer Militärs.

In jüngster Zeit ist, wie der „Breslauer Zeitung“ von hier berichtet wird, eine neue Mobilmachungs-Instruktion an die Truppen-Kommandos versandt worden, in welcher, derselben Korrespondenz zufolge, die wesentlichen Einrichtungen bereits auf Grund der neuen Reformvorlage angeordnet sein sollen.

In der Presse wird von der Verhaftung eines Sprachlehrers in Mainz, Namens Leroy gesprochen. Die Thatsache ist richtig; die Ursache der Verhaftung aber nicht genau angegeben. Der Leroy hat, so erfahre ich, im Mai des vorigen Jahres einen in Chiffren geschriebenen Brief an einen Dr. Mettini nach Turin abgesandt, worin er die Möglichkeit einer Neberrumpelung der Bundesfestung Mainz darthat. Der Brief ist als unbestellbar zurückgekommen und von der Eröffnungs-Kommission der Postbehörde aufgemacht worden, um den Absender Bewußt Einziehung des verursachten Portos zu erfahren. Bei dieser Gelegenheit kam der Inhalt zu Tage, da dem Briefe der Schlüssel zur Chiffreschrift beigelegt war. Man legt der Sache keine Bedeutung bei.

Den „Hamb. Nachr.“ wird von hier telegraphirt: Die Unterhandlungen mit England haben ein günstiges Resultat erzielt. Uebereinstimmende Schritte Preußens und Englands, insbesondere zur Wahrung der Rechte der Schweiz, stehen bevor.

Das „Düsseldorfer Journal“ enthält unter der Überschrift: „Politische Uebersicht“, einen Artikel, in dem es wörtlich heißt:

„Die reaktionäre Partei ist wieder voll Hoffnung. Nach einer Mittheilung aus Berlin ist das Ministerium nicht abgeneigt, in Bezug auf die Heeres-Reform ein Kompromiß mit der Opposition gegen diese, im Abgeordneten-Hause, einzugehen. Das Ministerium wird an der gesetzlichen Verpflichtung zur drei- und vierjährigen Dienstzeit festhalten, dagegen die Beurlaubung der hinreichend ausgebildeten Soldaten im Winter zusagen.“ Welchen Werth diese Mittheilung hat, bleibt dahingestellt, es dürfte aber eine Beurlaubung der aus allen bürgerlichen Verhältnissen gerissenen Dienenden zur Winterzeit der unendlich überwiegenden Mehrzahl ihrer Familien, statt einer Erleichterung, eine außerordentliche Mehrbelastung sein. Der Handwerker, der Fabrikarbeiter, der Kaufmann und sehr viele andere Stände Angehörige werden für die kurze einer nur Monate dauernden Beurlaubung stets nur ausnahmsweise lohnende Beschäftigung finden, meistens wird ihr Unterhalt ihren Familien zur Last fallen. Wenn nun aber diese Beurlaubung gar in eine Jahreszeit fällt, wo auch noch der Tagelöhner, der Landmann, der Bauhandwerker und so viele Andere regelmäßig nur sehr wenige Beschäftigung haben und sehr oft vom früher Verdienten einzehren oder Schulden machen müssen, dann wird es ihnen doppelt schwer fallen, noch dazu auch für den Beurlaubten den Lebensunterhalt zu gewinnen. Diese Ansicht wird gewiß von niemandem, der mit den bürgerlichen und den bauerlichen Verhältnissen vertraut ist, angefochten werden.

In Bezug des gestern bereits gemeldeten Einsturzes des Hauses Nr. 1 und 2 am Stralauerplatz wird noch mitgetheilt: Die Grundmauern des mächtigen Gebäudes von 16 Fenster Front und 6 Etagen scheinen nicht mit der erforderlichen Sorgfalt gelegt worden zu sein, denn schon mehrere Tage vor dem erfolgten Einsturze bemerkte man, daß die Mauern im Innern des Gebäudes sich senkten und aus den Türen wichen. Dessen ungeachtet wurde fortgearbeitet, die sinkenden Mauern durch Säulen und Pfeiler notdürftig gestützt und das Haus so zur Abnahme Seiten der Bau-Kommission fertig gemacht. Als man am Abend vorher alle diese Stützen wieder entfernte, soll man bereits ein starkes Krachen und Knallen im Hause gehört haben, daß man kaum noch über die Möglichkeit des Einsturzes im Zweifel sein

könnte. Gleichwohl sollte die Abnahme des Rohbaus am nächsten Tage erfolgen. Ein glücklicher Zufall, daß der Zusammensturz kurz vor 6 Uhr früh erfolgte: wäre dies um eine halbe Stunde später geschehen, würden viele Arbeiter unter den Trümmern begraben worden sein und dabei ihren Tod gefunden haben.

Das K. Ober-Tribunal verhandelte vor einigen Tagen die, von dem Regierungs- und Medizinalrath Dr. v. Pochhammer gegen das wider denselben wegen Diebstahls ergangene Erkenntnis des Kammergerichts eingelagte Nichtigkeits-Beschwerde. Der Angeklagte, ein Mann von bis dahin unbescholtener Rufe, war angeklagt und auch in zwei Instanzen schuldig befunden worden, am 3. Mai v. J. aus dem Laden des Hofsieberanten Nitsch zu Potsdam 2 Cigarrenspisen im Werthe von je 1 Thlr. 20 Sgr. in der Absicht rechtswidriger Zueignung weggenommen zu haben. In erster Instanz vom Kreisgerichte zu Potsdam war der Angeklagte zu 3 Monaten Gefängnis und 1 Jahr Ehrenverlust verurtheilt worden und das Kammergericht hat dies Erkenntnis auf die Appellation des Angeklagten bestätigt, auf die Appellation der Staats-Anwaltschaft aber noch dahin verschärft, daß es gleichzeitig noch auf Untersagung der Ausübung der ärztlichen Praxis gegen den Angeklagten erkannte. Die Sache hatte bei ihrer Verhandlung hier selbst nicht geringes Aufsehen gemacht, wenn man den Stand und die Persönlichkeit des Angeklagten dabei in Betracht zieht, und der Ober-Staatsanwalt Schwarz bezeichnete den Fall selbst als ein psychologisches Rätsel. Der Angeklagte hatte nun in der Nichtigkeitsbeschwerde nochmals den Versuch gemacht, seine Unschuld nachzuweisen. Er legte besonders darauf Gewicht, daß er selbst auf Einleitung der Untersuchung bestanden, und beschwerte sich darüber, daß der von ihm beantragte Beweis über seinen guten Ruf und seine stete Ehrenhaftigkeit nicht erhoben, namentlich der Geheime Kabinetsrath Illaire nicht vernommen worden sei. Endlich aber behauptete er, daß auf Verlust der ärztlichen Praxis gegen ihn nicht erkannt werden dürften, da die betreffenden Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung durch das Strafgesetz aufgehoben seien. Der höchste Gerichtshof hat indessen die sämtlichen Einwendungen nicht für durchgreifend erachtet und deshalb die Nichtigkeitsbeschwerde zurückgewiesen.

Aus Mecklenburg, 26. März. Leider sind jetzt, schreibt man der D. A. Z., alle Aussichten auf die Zusammenberufung eines außerordentlichen Landtags behufs der Regulirung unserer Steuer- und Zollverhältnisse geschwunden, da, wie es heißt, das Ministerium, das aus der Ritterschaft hervorgegangen und auf diese gestützt ist, an allerhöchster Stelle die Überzeugung hervorgerufen und verstärkt hat, daß die alte ständische Verfassung in nichts geändert werden könne. Es werden also vorerst die Hindernisse nicht beseitigt werden, die dem Kern der städtischen Bevölkerung, dem Handels- und Gewerbsstande, die freie Entwicklung auf dem Gebiete des Handels und der Industrie unmöglich machen, und alles zu Gunsten der Ritter. Mehr als vierzig aus den Städten eingegangene Petitionen um Reform des Zollwesens sind bis jetzt unbeantwortet gelassen.

München, 26. März. Dem Vernehmen nach wird der Aufenthalt des Königs in dem milderen Klima der südlichen Schweiz nach ärztlichem Anrathen auf 8—10 Wochen ausgedehnt werden. Die Mittheilung des Schw. Merkurs, als würde sich die Königin Marie demnächst von hier nach Berlin begeben, ist, der N. Münch. Ztg. zufolge, unbegründet.

Lindau, 24. März. Der Pferde-Ankauf im süddeutschen Vereinsgebiete durch schweizerische Händler scheint nach den Wahrnehmungen der letzten Tage zuzunehmen; der schweizerische Bedarf veranlaßt um so mehr größere Pferdebezüge, da von piemontesischen Lieferanten taugliche Zug- und Reitpferde hauptsächlich in der Schweiz in gesteigertem Maße angekauft und über die Alpenpässe nach Sardinien abgeführt wurden. Einige Pferdelieferanten vermelden den Transport und die Ausfuhr der im Inlande bezogenen Pferde über die Bodenseehäfen und wählen die Route durch badisches Grenzgebiet.

Nestreich.

Wien, 27. März. Man sieht hier mit nicht geringer Spannung den umfassenderen Berichten über den Konflikt entgegen, welcher in der Sitzung der Bundesversammlung am 24. d. M. zwischen dem Vertreter Preußens und den Vertretern der übrigen Bundesregierungen stattgefunden hat. Nach Mittheilung des hierüber eingegangenen Telegramms sieht sich dir "Ostd. Post" schon heute veranlaßt, folgendes Urtheil abzugeben:

"Wie die Sache nach den bisherigen Nachrichten sich herausstellt, ist uns die Haltung Preußens ein vollständiges Rätsel. Wir sehen von dem Meritorischen der kurhessischen Frage ab. Angenommen, die Wiederherstellung der Verfassung von 1831 sei vom Standpunkte der Rechtsfrage und der politischen Opportunität der richtige Ausweg, das preußische Votum sei viel berechtigter und gerechter als das der übrigen Bundesregierungen, — so ist, nachdem die Majorität für die entgegengesetzte Ansicht sich ausgesprochen, am Bunde selbst die Frage erledigt. Die Bundesakte ist über diesen Punkt so klar und bestimmt, daß ein Zweifel unmöglich ist. Diejenige Macht, welche erklärt, die Beschlüsse des Bundes seien für sie nicht verpflichtend, rebelliert gegen die Bundesverfassung und hebt die Gültigkeit derselben auf. Die Erklärung Preußens, daß es sich durch den Bundesbeschluß vom 24. März nicht verpflichtet hält, gleicht einer Loslösung vom Bunde selbst, und die Einstimmige Gegenerklärung der in der Sitzung vertretenen Bundesregierungen deutet an, daß man das Gewicht des preußischen Schrittes wohl erkannt und den Handschuh aufgenommen habe, den Preußen dem Bunde hingeworfen. Dennoch sträubt sich unser Sinn gegen die Annahme, daß die Thatsachen wirklich so auf die Spitze getrieben worden sind. Wenn Preußen auf seinem Anspruch verharret, so heißt das so viel, als daß es aus dem Bunde auszutreten entschlossen ist. Schon im Sommer vorigen Jahres, zur Zeit des Streites über die Ernenntung des Bundesfeldherrn, hat Preußen mit seinem Austritt gedroht; erneuert es heute seine Drohung, oder ist diese bereits zum Entschluß herangereift?"

In Wien sind dermalen, wie der "Wes. Z." geschrieben wird, acht Personen in Untersuchung, von welchen drei dem Militärstande angehören. Die Anklage lautet auf Hochverrat und soll durch die Geständnisse des mittlerweile kriegsrechtlich er-

schoßenen ehemaligen Hauptmann Doré veranlaßt worden sein. Es handelt sich hierbei um die Auslieferung der Pläne der Festigungen von Venetia und Venedig an den Feind. Thatsache ist, daß bei der Zusammenkunft in Villafranca der Kaiser Napoleon eine bis in die Details gehende Kenntnis der Festigungen Venetas und Venetias zeigte, um den Kaiser Franz Joseph auf die schwachen Punkte derselben auffmerksam zu machen. Ebenso wußte er, daß die in Venedig konzentrierte österreichische Armee nur noch auf fünf Tage verproviantirt war. Dieser letztere Punkt blieb nicht ohne Einfluß auf den Entschluß des Kaisers Franz Joseph. Die Untersuchungen wegen der in vorigen Jahre begangenen Unterschleife werden mit großem Interesse gefördert. In Triest sind zwei Banquiers, welche verhaftet waren, wieder entlassen worden, da sich ihre Unschuld herausgestellt hat. Dagegen ist gegen neun andere Personen ein Anklagebeschuß gefasst worden. Herr Richter beteuert fortwährend seine Unschuld. Es heißt, daß er dem Verwaltungsrath der Kreatanstalt seine Demission eingereicht habe; dieselbe soll jedoch bis jetzt noch nicht angenommen worden sein.

Italien.

Niccolò hat in Turin dringend den Namen "italienisches Königreich" (Regno italiano) für den neuen Gesamtstaat befürwortet, und diese Benennung schenkt auch die meiste Aussicht auf Annahme zu haben. Während des zürcher Congresses bemühte sich Ratazzi für den Namen "subalpinisches Königreich." Der bisher der Insel Sardinien entlehnte Name, der fortwährend mit dem "Piemont" wechselt, ist so wenig bezeichnend, daß er unmöglich bleiben kann. Dem Manifeste an die Völker Mittel-Italiens wird eine Proclamation an die Bevölkerungen Savoyens und Nizzas folgen, wodurch diese ihres Eides der Treue gegen die Krone Savoyen entbunden werden. Der Constitutionnel, der das bevorstehende Erscheinen dieser Proklamation anzeigt und ihr "einen Charakter der Rechtschaffenheit, den Niemand verkennt wird," zuschreibt, setzt hinzu: "In dem Augenblick, wo die Völker berufen werden, sich über ihre neuen Geschickte auszusprechen, ist es gut, daß das Königliche Wort sie aller ihrer früheren Verpflichtungen entbindet. Weder die Moral noch das historische Recht ließ es zu, daß Unterthanen vor dieser entscheidender Erklärung frei und ohne Gewissensscrupel abstimmen könnten. Dank dieser hochherzigen Initiative Victor Emanuel's wird es bei dieser Gelegenheit möglich, das Principe der Legitimität der Könige und das Principe der Souveränität der Völker mit einander in Einklang zu bringen." Savoyen und Nizza sollen demnach als herrenlos betrachtet werden. Dieses Interregnum dauert aber nicht lange, da auf den 28. bereits — Franzosen ange sagt sind. Auch hat es mit der freien Wahl des "souveränen" Volkes nicht viel auf sich, da dieselbe bloß darin bestehen soll, daß in beiden Ländern die Wahlen der Abgeordneten für das turiner Parlament dafür gelten sollen. Diese Deputirten gehen am 2. April nach Turin, nehmen an der Abstimmung wegen der Abtretung Savoyens und Nizzas Theil und kehren alsdann heim und legen ihr Mandat nieder. So schlägt Frankreich zwei Fliegen mit einer Klappe: es umgeht die Abstimmung der Gemeinde-Körperschaften und die noch unbedeutende allgemeine Abstimmung, und es steht sich, nachdem am 28. März die Wahlen in Nizza, Chambéry u. s. w. erfolgt sind, bereits am 28. in faktischen Besitz, damit im italienischen Parlement jeder etwaige Widerspruch gegen die Abtretung verstumme.

Die Turiner "Opione" berichtet, daß am 22. März auf Verlangen des Grafen Favre der König in Privat-Audienz eine Deputation aus Savoyen empfang, beauftragt, ihm die Adresse des Adels von Chambéry vom 8. März zu überreichen. Der König nahm diese Deputation wohlwollend auf; er sprach seinen lebhaftesten Dank für die dargelegten edlen und gremmuthigen Gedanken aus. Der König sagte, daß die Macht der Ereignisse und diplomatische Anforderungen stärker seien als sein Wille, daß aber die Bande, welche seine Dynastie an Savoyen knüpfen, zu alt seien, um in einem Tage zerrissen zu werden.

Die Berner Zeitung schreibt: "In Turin ist man über die Cession Savoyens und Nizzas an Frankreich sehr verstimmt. Erst — sagen die Turiner bitter — hat der König sein Kind (Clothilde) verkauft, jetzt verkauft er auch die Wiege."

Schweiz.

Bern, 26. März. Der Bundesrat hält gestern Abends eine lange Sitzung. Bei demselben ist die Nachricht eingelaufen, daß am 28. März 600 Mann Franzosen die Stadt Annecy besetzen werden. Sofort wurden Befehle zur Zusammenziehung einiger Streitkräfte in den Kantonen Bern, Waadt, Neuenburg, Freiburg und Wallis ertheilt.

Provinzielles.

* Professor Dr. Rühle zu Breslau, dessen Berufung die medizinische Fakultät zu Greifswald vorgezeichneten, ist, der "N. Preuß. Ztg." zufolge, an Stelle des nach Tübingen abgegangenen Professors Dr. Niemeyer zum Direktor der dortigen medizinischen Klinik ernannt worden. Die beiden andern zur Berufung in Vorschlag gebrachten Professoren gehörten nichtpreußischen Universitäten an.

Stettiner Nachrichten.

** Trotz der Hafenspolizei-Vorschrift, welche das schnelle Fahrt der Dampfschiffe hier auf dem Nevier verbietet, wird diese in Betreff der öffentlichen Sicherheit nothwendige Vorschrift in neuerer Zeit leider zu oft übertreten. Heute hat eine solche Übertretung einen Unglücksfall herbeigeführt. Das Dampfschiff "Pfeil" ging heute früh zwischen 3 und 4 Uhr in voller Fahrt stromabwärts, stieß unterhalb des Logengartens auf einen dort festgebundenen, von Wolgast mit Steinholzen gesammelten Kahn und zwar so fest, daß der Kahn losgerissen und nachdem er noch eine kurze Strecke abwärts getrieben war, sank. An dem Dampfschiff wurde ein Räderkasten demoliert, während der noch ganz neue Oderfahn erhebliche Beschädigungen erlitt. Er liegt jetzt mitten im Fahrwasser, aus welchem die 3 Maste hervorragen. Es werden heute die Vorbereitungen zur Hebung getroffen, doch hofft man diese erst morgen zu vollenden.

In Bremen sind dermalen, wie der "Wes. Z." geschrieben wird, acht Personen in Untersuchung, von welchen drei dem Militärstande angehören. Die Anklage lautet auf Hochverrat und soll durch die Geständnisse des mittlerweile kriegsrechtlich er-

hoffenen ehemaligen Hauptmann Doré veranlaßt worden sein. Es handelt sich hierbei um die Auslieferung der Pläne der Festigungen von Venetia und Venedig an den Feind. Thatsache ist, daß bei der Zusammenkunft in Villafranca der Kaiser Napoleon eine bis in die Details gehende Kenntnis der Festigungen Venetas und Venetias zeigte, um den Kaiser Franz Joseph auf die schwachen Punkte derselben aufmerksam zu machen. Ebenso wußte er, daß die in Venedig konzentrierte österreichische Armee nur noch auf fünf Tage verproviantirt war. Dieser letztere Punkt blieb nicht ohne Einfluß auf den Entschluß des Kaisers Franz Joseph. Die Untersuchungen wegen der in vorigen Jahren begangenen Unterschleife werden mit großem Interesse gefördert. In Triest sind zwei Banquiers, welche verhaftet waren, wieder entlassen worden, da sich ihre Unschuld herausgestellt hat. Dagegen ist gegen neun andere Personen ein Anklagebeschuß gefasst worden. Herr Richter beteuert fortwährend seine Unschuld. Es heißt, daß er dem Verwaltungsrath der Kreatanstalt seine Demission eingereicht habe; dieselbe soll jedoch bis jetzt noch nicht angenommen worden sein.

** Heute kamen eine große Menge Segelschiffe von Swinemünde hier an; die Fahrt ist jetzt vollkommen frei.
** Seit Sonnabend wird ein Arbeitsmann vermisst, der sich am Abend von seiner Arbeit begeben, bei seiner Familie aber nicht eingetroffen ist.
** In dem am Sonnabend statt findenden ersten der drei im biesigen Stadttheater arrangierten Abonnements-Konzerte wird unter anderen die Ouverture zur "Braut von Messina" von R. Schubert, ein Klavierkonzert, mehrere Gesangsvorträge und zum Schluss Mozarts G-moll-Symphonie zum Vortrage kommen; im zweiten: die Ouverture zu Leonore, von Beethoven, das große Sextett aus Così fan tutti, ein Konzert für die Klarinette, und eine Haydn'sche Symphonie; im dritten: Ouverture zu "Euryanthe" von Weber, eine Arie aus dem Oratorium "Christus am Delberge" von Beethoven, Finale aus dem "Wasserträger" von Cherubini und Beethovens B-Dur-Symphonie.

* Die Mecklenburgische Mobilair-Brand-Versicherungsgesellschaft zu Neubrandenburg erhebt auf das Semester vom 2. September 1859 bis 2. März 1860 für die mit 15,587 Thlr. 23 Sgr. 8 Pf. Crt. aufzubringenden Feuerschäden einen Beitrag von 1 Sgr. pr. Hundert des 44,483,425 Thlr. Crt. betragenden beitragspflichtigen Fonds der Sozietät.

* Der Kreisgerichts-Sekretär Julius Eduard Reck in Cöslin ist als besoldeter Beigeordneter der Stadt Cöslin für eine zwölfjährige Amtszeit bestätigt. Der Prototyp Dr. Carl Koch vom Gymnasium zu Anklam ist in gleicher Eigenschaft an das Gymnasium zu Frankfurt a. O. berufen. Der Thierarzt erster Classe G. H. C. Schilling aus Halle a. S. ist zum Kreis-Thierarzt des Rummelsburg-Bütower Kreises ernannt.

* Privatnachrichten aus dem Schloßauer Kreise melben, daß 5 Quadratmeilen sind, wo die Noth zu Hause ist, mit einer sehr dünnen Bevölkerung; man sieht zwar keine Bilder des Schreckens, aber doch die traurigsten Zustände, und es bedarf der größten Anstrengungen in weiteren Kreisen, um nicht nur das Leben von 5—6000 Menschen die nächsten Monate hindurch zu fristen, sondern auch die Fortführung der Wirtschaften, die u. A. auch durch plötzliche Kündigung der eingetragenen Kapitalien ruiniert sind, zu ermöglichen. Den Leuten, die gänzlich von Kräften sind, wird es, wenn man ihnen nichts zu essen giebt, sehr schwer werden, ihre neuen Chauffeure zu bauen, welche hoffentlich ähnlichen Zuständen für die Zukunft vorbeugen helfen werden.

Telegraphische Depeschen.

Paris, 28. März. (W. T. B.) Ein hier eingetroffenes Telegramm aus Chambéry vom heutigen Tage melbt, daß 2 Kompanien des 80. französischen Linienregiments daselbst eingetroffen seien. Dortige Nationalgardisten hätten die französische Kokarde aufgesteckt.

Paris, 27. März. (W. N.) Hier ist das Gerücht von einem Attentate auf das Leben des Kaisers von Russland verbreitet. Als Ursache der Verschwörung gilt die Emancipation der Leibeigenen.

London, 28. März. (W. T. B.) In der gestrigen Sitzung des Oberhauses hat Lord Normanby seine Motion in Betreff Savoyens vertagt.

Im Unterhause erklärte Kinglake, daß er, wenn das Ministerium die in der gestrigen Sitzung angekündigte Politik verfolgen wolle, sich enthalten werde, seinen Antrag betreffs der Annexion von Savoyen zu stellen.

Börsen-Berichte.

Stettin, 29. März. Witterung: leicht bewölkt, trübe Lust. Temperatur + 4 Grad. Wind: SW.

Weizen angenehmer, loco pr. 85psd. gelber 81—71½ Rt. bez. pr. Frühjahr 85psd. vorpomm. 72 Rt. bez. exl. schle. 71½ Rt. Gd. gelber inländ. 71 Rt. bez. u. Gd., 84,85psd. inländ. 70½ Rt. bez. u. Gd. Juni-Juli 72½ Rt. bez.

Roggen matter, loco 77 psd. 45½—46 Rt. bezahlt, 77psd. pr. März 45½ Rt. bez. Frühjahr 44½ Rt. bez. und Br., Mai—Juni 44½ Rt. Br., 44 Gd., Juni-Juli 44½ Rt. Br., Juli-August 44½ Gd., September-Okttober 45 Rt. bez.

Gerste loco 70psd. vorpomm. 40—40½ Rt. bez., seine Märkte 43 Rt. bez. pr. Frühjahr 70psd. schles. 42 Rt. Br. Hafer ohne Umsatz.

Rüböl matt, loco 11½ Rt. bez. u. Br., März-April 11½ Rt. April-Mai 11 Rt. Gd., September-Okttober 12 Rt. Gd., 12½ Rt. Br. Brief.

Leinöl loco inkl. Fass 10½ Rt. Br., April-Mai 10½ Rt. Br., Sept.-Okt. 10½ Rt. Br., 10½ Rt. Gd.

Spiritus matt, loco ohne Fass 17½ Rt. bez., pr. März 17½ Rt. bez., 17½ Gd., April-Mai do., pr. Frühjahr 17½ Rt. Gd., Mai-Juni 17½, 17½ Rt. bez., 17½ Gd., Juni-Juli 17½ Rt. Br., Juli-August 18 Rt. Br.

Die telegraphischen Depeschen melden:

Berlin, 29. März. Staatschuldscheine 82½ bez. Prämien-Auleih 3½ p. 113 Br. Berlin-Stettiner 95½ Br. Star-gard-Pojer 79½ bez. Destr. Nat.-Aul. 53½ Gd. Diskonto-Commandit-Aktie 80 bez. Franz. Ost. Staats-Eisenbahn-Aktien bez. Wien 2 Mon. — bez. Hamburg 2 Mon. 150½ bez. London 3 M. 6. 17½ bez.

Roggen pr. März 50½ bez., 50 Br., pr. Frühjahr 48, 47½ bez.

Rüböl loco 11½ Br., pr. März-April 11 Gd., pr. April-Mai 11½, 11½ bez., pr. September-Okttober 12½, 12 bez.

Spiritus loco pr. 8000 p. 17½ bez., März-April 17 bez., 17½ Br., April-Mai 17, 17½ bez., Mai-Jun. 17½, 17½ bez.

Hamburg, 28. März. Getreidemarkt. Weizen loco stille, ab Köhlberg 83psd. zu 76 zu kaufen. Oel per Mai 24½, pr. Okttober 25½. Kaffee fest, ruhig. Zink stille.

Amsterdam, 28. März. Getreidemarkt. Weizen still. Roggen fester, ziemlich lebhaft. Raps pr. Frühjahr 67½, pr. Oktober 70½, Rüböl pr. Frühjahr 39½, pr. Herbst 41½.

London, 28. März. Getreidemarkt. Engl. Weizen 3 Montags-Preisen verkauft, fremder befranktes Geschäft, jedoch fest gehalten. Frühjahrgutreide unverändert.

Paris, 28. März. Die Ap. Et. eröffnete zu 68, 95 und schloß 4p. Et. Rente 96, 00.